

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Roland Magerl

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Andreas Krahl

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Raimund Swoboda

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich komme damit zur gemeinsamen Beratung folgender Dringlichkeitsanträge:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
Notarzdienst in Bayern (Drs. 18/5849)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Notarzt- und Rettungsdienst in Bayern nachhaltig sicherstellen (Drs. 18/5872)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Zukunftsfähiges Notarztsystem auf den Weg bringen (Drs. 18/5873)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Peter Tomaschko von der CSU-Fraktion.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Rettungsdienst in Bayern leistet eine hervorragende Arbeit. Deswegen vorneweg ein herzliches Dankeschön, ein Vergelts Gott an alle ehrenamtlichen, an alle hauptamtlichen Kräfte. 24 Stunden rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr sind Tausende von Notfallsanitätern, Helfern und Notärzten für uns unterwegs, wenn wir die 112 wählen, auch an Feiertagen. Das ist überhaupt keine Frage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses enorm hohe Niveau wollen und werden wir langfristig sichern. Deswegen mache ich die grundsätzliche Aussage: Wer die 112 wählt, bekommt die Hilfe, die er braucht und die er sich auch erwünscht. Deswegen werden wir als CSU-Fraktion gemeinsam mit der Staatsregierung die notwendigen

Weichenstellungen vornehmen und die Strukturen an die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Veröffentlichungen des Bayerischen Roten Kreuzes von letzter Woche sehr ernst: Bayernweit fehlten Notärzte in einem Rahmen von 5.830 Stunden im Zeitraum vom 01.12. des vergangenen Jahres bis zum 06.01. dieses Jahres, also über einen Zeitraum von rund fünf Wochen. Besonders hoch waren die Ausfälle in den Landkreisen Neustadt an der Aisch, Bad Windsheim, Kelheim und Regensburg, aber auch in meiner Heimatregion Aichach-Friedberg, in der Region Augsburg und beim Kollegen Holger Dremel im Landkreis Bamberg.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns hat den Auftrag, in Bayern die Versorgung der Bevölkerung mit notärztlichen Leistungen sicherzustellen. Wir wollen gemeinsam mit allen Beteiligten analysieren, wie künftig Ausfälle vermieden werden können. Wir werden die Frage erörtern: Wie kann der Notarztdienst noch attraktiver gestaltet werden? Wie können wir bei den Medizinern vor Ort noch mehr für eine freiwillige Beteiligung werben? Wir werden die Frage diskutieren müssen, ob die Bezahlung verbessert werden muss, und auch die Frage, ob Schichteinsatzzeiten verbessert werden können. Wie können Krankenhäuser noch besser eingebunden werden? – Aber immer mit der Prämisse, dass es natürlich nicht zulasten der Träger und der Kommunen geht oder Defizit verursacht.

Wir werden die Frage diskutieren, ob das bayernweit das gleiche Problem ist oder ob wir lokal unterschiedliche Lösungen finden müssen. Wie können wir bereits bestehende bayernweite medizinische Strukturen miteinander besser vernetzen? Natürlich geht es auch um die Frage, über die wir hier schon lange diskutieren: Wie können wir den sehr gut ausgebildeten Notfallsanitäter noch stärker einbinden, und welche Aufgaben können von ihm übernommen werden?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vieles läuft bereits sehr positiv. Wir werden in Bayern über 2.000 neue Medizinstudienplätze schaffen. Der Ministerpräsident hat letzte

Woche sogar noch zusätzliche Studienplätze angekündigt. Das Bayerische Landarztgesetz wird den ländlichen Raum deutlich stärken, was uns auch diesbezüglich hilft.

Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag auch die laufende Gesetzgebung des Bundes ins Auge, in den Fokus genommen. Wir werden auch das Gesetz zur Reform der Notfallversorgung kritisch begleiten. Wichtig ist uns – ich meine, das eint uns hier in diesem Hohen Haus –, dass der hohe bayerische Standard gewahrt wird und uns erhalten bleibt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, von ganz zentraler Bedeutung ist, dass die Kosten bei dem bleiben, der zuständig ist, nämlich die Krankenkassen, dass die Kosten nicht auf die Länder verlagert werden.

Mein Appell, unser Appell als CSU-Fraktion: Bringen wir unseren hervorragenden Rettungsdienst gemeinsam in das neue Jahrzehnt. Wir haben hervorragende Strukturen, die wir sehr gut weiterentwickeln können.

Zu den nachgezogenen Dringlichkeitsanträgen von AfD und FDP. Den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD lehnen wir ab. Er enthält keine neuen Erkenntnisse, sondern wiederum nur Verzerrungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, einen freiwilligen Notarztdienst werden wir nicht in Frage stellen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP werden wir zustimmen. Er nimmt unsere Forderungen mit auf. Ich bedanke mich. Gehen wir die Herausforderungen gemeinsam an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen wunderschönen taufrischen guten Morgen an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenausschuss. – Guten Morgen deshalb, weil Sie jetzt doch endlich gemerkt haben, dass es beim Notarztsystem Handlungsbedarf gibt. Waren Ihnen die Zahlen, welche wir von der AfD bereits im Herbst letzten Jahres besorgt haben, welche selbst die Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte hatte, noch nicht alarmierend genug? Brauchte es erst eine Erhebung des BRK, damit die CSU in die Gänge kommt? Von mir wurde bereits im September letzten Jahres eine Schriftliche Anfrage an die Bayerische Staatsregierung zu den Ausfällen im Notarzdienst in Bayern gestellt. Zudem haben wir einen Antrag gestellt, der vor drei Monaten im Innenausschuss gelandet ist, welcher inhaltlich genau das Gleiche gefordert hat und welcher mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt wurde. Das war ja nur ein AfD-Antrag. – Jetzt wird noch dreist abgeschrieben.

Wir als AfD haben Überprüfungen des Systems gefordert. Der Vorwurf von Ihrer Seite lautet: Wir wollen den Rettungsdienst zerstören. – Was für ein Schwachsinn! Wir fordern mehr Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen. Sie warfen uns vor, wir wollten gute Systeme vernichten. – Welch eine miese Unterstellung! Wir fordern, über Strukturen nachzudenken. – Und Sie? – Gut, lassen wir es einfach. Jeder weiß ja, wie es läuft.

Was aber an Frechheit und Arroganz nicht zu überbieten war, war Ihr Verhalten zu unserer Forderung nach einem Bericht, wie sich die Staatsregierung die Zukunft des Notarzwesens in Bayern vorstellt. Sie hatten nichts Besseres zu tun, als uns vorzuwerfen, wir würden ein ganzes System in Verruf bringen. – Ja, Wahrheit tut manchmal auch weh. Sie haben uns im Ausschuss eine Besetzungsquote von 97,5 % bei den Notärzten um die Ohren geschlagen; das sei doch alles super. Dass aber 50.000 Dienststunden im Jahr unbesetzt waren, wie die Schriftliche Anfrage ergab, war Ihnen absolut egal. Sie haben doch nur Angst zu sagen, dass die Bevölkerung auf

dem Land manchmal ein bisschen länger auf den Notarzt wartet, weil die Standorte eben nicht wie in den Städten zu 100 % besetzt sind.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb haben wir zu Ihrem Antrag einen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag eingebracht. In großen Teilen sind wir uns ja einig, dass darüber gesprochen werden muss. Das System ist super und die Qualität auch hervorragend. Genau so soll es doch auch bleiben. Wir fordern nichts Böses, aber Antworten auf drängende Fragen, vor allem zu der Rolle der KVB in der Sicherstellung. Dass wir in Bayern übrigens wissen, wie es geht, ist selbstverständlich. Wir unterstützen Sie auch, damit im Bund angesichts des Tempos, das Herr Spahn gerne vorlegt, um alle zu überfahren, nichts schiefgeht.

Noch eines zum Schluss. Ich bin seit vielen Jahren ehrenamtlich im Rettungsdienst aktiv. Einer meiner Mitarbeiter ist ein erfahrener Notfallsanitäter. Wir beide haben zahlreiche Notärzte im Freundeskreis. Im Gegensatz zu Ihnen wissen wir, wie es auf der Straße läuft. Ein großes Dankeschön an alle Haupt- und Ehrenamtlichen im Rettungsdienst und vor allem an die Notärzte, welche noch Dienst machen. Wir wissen, was ihr leistet, während sich die CSU nur gerne damit brüstet.

(Beifall bei der AfD)

Dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP stimmen wir zu. Wenn aus dem Rettungssanitäter ein Notfallsanitäter gemacht wird, ist dies formal richtig. – Ansonsten vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Magerl, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Intervention hat sich der Kollege Peter Tomaschko von der CSU-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Peter Tomaschko (CSU): Werter Herr Magerl, welche Anträge sollen wir jetzt beachten, oder auf welche Anträge haben Sie jetzt verwiesen? Es ist richtig, dass Sie im letzten Jahr viele Anträge gestellt haben. Meinen Sie die Anträge, in denen Sie das Rote Kreuz verunglimpft haben, mit denen Sie den Körperschaftsstatus entziehen wollten, in denen Sie dem BRK Mittelverschwendung vorgeworfen haben, mit denen Sie Leitstellen der Kommunen schließen wollten? Meinen Sie den Antrag, in dem Sie den Kommunen vorgeworfen haben, dass die TRUST-Gutachten nicht richtig diskutiert werden?

Sicherlich haben Sie eine Vielzahl von Anträgen gestellt. Alle waren aber für die ehrenamtlichen Kräfte ebenso wie für die hauptamtlichen Kräfte im Rettungsdienst verunglimpfend. Sie haben die Sache draußen absolut nicht richtig angefasst, sondern Sie haben die Leute, die sich engagieren, in ein sehr, sehr schlechtes Licht gerückt, was wir aber nicht zugelassen haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Roland Magerl (AfD): Werter Kollege Tomaschko, Ihre Art, unsere Anträge zu verunglimpfen, ist ja mittlerweile bekannt.

(Widerspruch bei der CSU)

Sollte es angesichts Ihrer verfehlten Politik irgendwann nicht mehr zu einem Direktmandat reichen, können Sie vielleicht beim BRK nachfragen. Sie würden auf jeden Fall gut einen Empörungsbeauftragten für ein paar Euro abgeben. Da würden Sie auf jeden Fall eine gute Figur abgeben.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zur Frage haben Sie nichts gesagt! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und sehr verehrte Kollegen! Sehr geehrte CSU-Fraktion, lassen Sie mich meine Enttäuschung über Ihren Antrag erklären. Sie schreiben unter Ihrem ersten Punkt:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rettungsdienst in Bayern leistet insgesamt hervorragende Arbeit. Der Landtag dankt allen, die dabei mitwirken, das hohe Niveau des bayerischen Rettungsdienstes sicherzustellen.

Ich frage mich in diesem Zusammenhang, was beschlossen werden soll, kann mich aber dem Dank an alle im Rettungsdienst Tätigen nur anschließen.

Weiter fordern Sie die Staatsregierung auf,

[...] die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen, um die Strukturen jeweils an die sich verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Welche konkrete Weichenstellung schwebt Ihnen denn vor? Hier hätte ich mir konkrete Vorstellungen und Vorschläge gewünscht.

Die einzige unkritische und sinnvolle Forderung, die Sie unter Zweitens stellen, ist, die KVB solle in Kooperation mit der Staatsregierung zeitnah schriftlich über die Situation und die Ausfallzeiten im bayerischen Notarzdienst im zweiten Halbjahr 2019 berichten.

Anschließend jedoch fordern Sie die Staatsregierung auf, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel Ausfallstunden im Notarzdienst künftig weitgehend zu vermeiden – ohne Änderung bei den vorhandenen Stellen und ohne zusätzliche Mittel für den Notarzdienst. – Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass Sie damit etwas bewegen können.

Last but not least fordern Sie die Staatsregierung auf, sich im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Notfallversorgung auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die hohen Standards der Notfallversorgung in Bayern erhalten bleiben. – Ich setze voraus, dass sich die Staatsregierung unabhängig von Ihrem Antrag für die Belange der Notfallversorgung ihrer Bürger in Bayern einsetzt – oder haben Sie Zweifel daran?

Ihre Forderungen im Antrag zeigen keine konstruktiven Verbesserungsvorschläge für das System auf, sind nur bedingt hilfreich und wirken leider planlos. Lediglich der schriftliche Bericht der KVB in Kooperation mit der Staatsregierung macht meiner Meinung nach Sinn.

Dass es auch anders geht, können Sie unserem Antrag entnehmen. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, da darin konkrete Fragen zu lesen sind und nicht nur Floskeln, die uns sicher nicht weiterhelfen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Tomaschko, ich möchte vorweg klarstellen: Die Einsatzkräfte da draußen haben nicht unseren Dank verdient, sondern wir müssen hier Rahmenbedingungen schaffen,

(Alfred Sauter (CSU): Natürlich haben die Dank verdient!)

damit sie die großartige Aufgabe auch wahrnehmen können, die sie tagtäglich verrichten. Es ist unsere Aufgabe, den Rahmen so zu setzen, dass sie das machen können, und nicht, Ihnen zu danken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alfred Sauter (CSU): Natürlich danken wir ihnen!)

Ich möchte vorab feststellen: Das Bayerische Rote Kreuz ist einer der größten Wohlfahrtsverbände des Freistaats. Es ist die führende Hilfs- und Rettungsorganisation im Freistaat. Das Bayerische Rote Kreuz ist außerdem, auch wenn es die AfD nicht wahrhaben will, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Dieses Bayerische Rote Kreuz beschreibt uns ein riesengroßes, systemrelevantes Problem in der Notfallversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger. Der CSU-Fraktion fällt nichts Besseres ein, als das infrage zu stellen? – Nichts anderes tun Sie nämlich, wenn Sie angesichts der Zahlen, die das BRK letzte Woche vorgelegt hat, noch immer von der qualitativ hochwertigen Versorgungsstruktur in diesem Freistaat fabulieren.

Erzählen Sie das den Menschen, die da draußen unter Schmerzen auf eine Notärztin warten, obwohl sie der Notfallsanitäter längst lindern könnte. Erzählen Sie das den Angehörigen eines Menschen, dem nicht geholfen werden kann, weil die Notärztin nicht gleichzeitig an zwei Orten sein kann.

Gleich im Anschluss setzen Sie sogar noch eins drauf, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und stellen einen Berichtsantrag über die Situation und die Ausfallzahlen im bayerischen Notarztdienst an die Staatsregierung. Was genau erwarten Sie denn? Dass die Zahlen des BRK noch einmal bestätigt werden? Trauen Sie jetzt den BRK-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern nicht mehr zu, dass sie die Ausfallstunden zählen können? – Selbstverständlich wird dabei das Gleiche herauskommen. Und ganz ehrlich: Sie haben den geforderten Bericht bereits auf dem Tisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man dann vor lauter Schnappatmung eigentlich denkt, dass es nicht mehr schlimmer wird, hat man anscheinend nicht mit der CSU im Wahlkampfmodus gerechnet. Ich zitiere aus Ihrem Antrag:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Reform der Notfallversorgung auf Bundesebene dafür einzusetzen,

dass die bisher erreichten hohen Standards der Notfallversorgung in Bayern erhalten bleiben und dass die bislang von den Kassen getragenen Kosten nicht auf die Länder umgewälzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Was wiegt denn jetzt mehr – der bayerische Staatshaushalt oder die Versorgungssicherheit unserer Bürger und Bürgerinnen da draußen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung könnte bei der Reform der Notfallversorgung – da gebe ich Ihnen recht – bestimmt auf ganz vieles hinwirken; aber das Einzige, was der CSU anscheinend gerade dazu einfällt, sind die Kosten für den Freistaat. Meine Damen und Herren, das ist in meinen Augen – höflich gesprochen – nur bedauerlich.

Die Zeit und Energie, die Sie in diesen Dringlichkeitsantrag gesteckt haben, hätten Sie schlichtweg sinnvoller nutzen können. So hätten Sie zum Beispiel Ihren Antrag Drucksache 18/5009, den Sie im November 2019 zur Erleichterung der notfallmedizinischen Versorgung von Kindern eingereicht haben, locker weiterentwickeln können. Ich habe schon damals im Ausschuss gesagt: Wir haben nicht nur zu wenig Kindernotärztinnen draußen, sondern wir haben grundsätzlich zu wenig Notärzte da draußen.

Was ist mit der Nachqualifizierung der Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter? Die brauchen die eigentlich gar nicht. Die CSU will sie jetzt noch einmal nachqualifizieren lassen, damit sie dann rechtlich abgesichert tun können, was sie in der Ausbildung ohnehin schon lernen. Es wäre in meinen Augen doch ein wunderbares Betätigungsfeld der Staatsregierung, im Bund darauf hinzuwirken.

Sie können sich aber auch direkt hier in Bayern austoben. Wie schaut es damit aus, die Strukturmaßnahmen für Telematik voranzubringen, damit der Telenotarzt endlich wirklich aufgebaut werden kann? Digitalisierung taugt nämlich nicht nur für irgendwel-

che Raumfahrtprogramme, sondern auch für die Versorgungssicherheit unserer Bürger und Bürgerinnen.

Die Energie und die Zeit, die Sie mit diesem völlig überflüssigen Bericht verschleudern wollen, hätten Sie locker in die Schaffung – ich betone – neuer Stellen in der Notfallmedizin investieren können. Das Bayerische Rote Kreuz sagt, dass insgesamt 5.800 Notärztinnenstunden da draußen fehlen. Dann müssen doch wir im Landtag nicht nachzählen, sondern handeln und die Lücke schließen.

Wenn dann noch Zeit und Energie überbleiben, entlasten Sie doch bitte die Kollegen und Kolleginnen aus der Staatsregierung: Füttern Sie die Katze, gehen Sie für sie einkaufen, oder machen Sie irgendetwas. Ich gehe doch schwer davon aus – jetzt zitiere ich wieder aus Ihrem Antrag –, dass die Staatsregierung die notwendigen Weichenstellungen vornimmt, um die Strukturen jeweils an die sich verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Ich gehe doch schwer davon aus, dass die Staatsregierung nichts anderes tut. Müssen wir als Landtag das noch extra bei der Staatsregierung beantragen? – In meinen Augen müssen wir das nicht. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Joachim Hanisch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rettungsdienst in Bayern wird – die wenigsten bestreiten das – hervorragende Arbeit geleistet. Bei all der Diskussion, die wir führen, sollten wir das auch im Auge behalten. Wenn irgendwo ein Missstand ist, sollten wir versuchen, die Situation zu bereinigen, den Missstand in irgendeiner Form zu bewältigen, es besser zu machen und eine Optimierung zu erreichen.

Damit sind wir natürlich bei einem Grundproblem, das wir heute schon bei den Lehrern hatten: Auch die Ärzte können wir uns nicht schnitzen. Wir müssen jetzt hoffen, dass wir zusätzliche Ärzte motivieren können, und auf dem Gebiet etwas tun. Es ist schon einiges aufgezeigt worden wie eine deutliche Mehrung bei den Studienplätzen. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen.

Man muss aber festhalten: Die Qualität des Rettungsdienstes in Bayern ist hervorragend. Dafür gebührt all denjenigen Dank, die in diesen Rettungsdiensten tätig sind – auch wenn Sie meinen, man müsse nicht danken. Die Arbeit, die sie leisten – noch dazu, wenn sie unterbesetzt sind –, ist hervorragend. Dafür zumindest von unserer Fraktion ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich zu der Ursache der Antragsflut kommen, der Veröffentlichung des Roten Kreuzes. Ja, in einem Zeitraum von fünf Wochen wurde ein Minus von 5.800 Stunden verzeichnet. Wenn ich das auf die einzelne Rettungsstation herunterrechne, dann komme ich auf ein Minus von 0,8 Stunden pro Tag. Das ist zwar insgesamt genauso dramatisch, klingt aber nicht so schlimm. Damit will ich nicht die Feststellung an sich schmälern. Wir sollten das Zahlenspiel betrachten. Ich meine, wir müssen reagieren. Es kann nicht sein, dass das Ganze zulasten der Rettungssanitäter und der Notärzte ausgetragen wird. Wir müssen handeln und sind auch schon dabei.

Wir debattieren darüber auch hier in regelmäßigen Abständen; immer wieder gehen entsprechende Anträge ein. Wir wissen, dass über eine Reform des Gesetzes zur Notfallversorgung beraten wird. Anfang dieses Jahres haben wir den Referentenentwurf bekommen. Mit diesem Entwurf müssen wir uns auseinandersetzen. Unser Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verändern, soweit wir das vom Bayerischen Landtag aus schaffen. Das ist sicherlich nicht so einfach; dennoch müssen wir rechtzeitig aktiv werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, ich halte den Antrag der CSU unter dem Gesichtspunkt, dass ein Zeitraum von fünf Wochen, der Weihnachten und Neujahr umfasst, nicht unbedingt als repräsentativ angesehen werden kann, für gut. Wenn in der zweiten Jahreshälfte berichtet wird, wissen wir mehr. Ungeachtet dessen müssen wir aufpassen, was auf Bundesebene geschieht, und unsere Ideen dort einbringen.

Den Antrag der AfD werden wir ablehnen, da er keine Substanz hat.

Dem Antrag der FDP werden wir ebenso zustimmen wie dem Antrag der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Herr Krahl, bitte schön.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzter Kollege Hanisch, ich möchte vorab feststellen, dass anscheinend auch die Fraktion der FREIEN WÄHLER ihre Aufgabe darin sieht, den Rettungskräften für ihre großartige Arbeit zu danken, aber nicht darin, für geeignete Rahmenbedingungen zu sorgen, damit sie ihre Tätigkeit auch in Zukunft hervorragend ausüben können.

Des Weiteren möchte ich feststellen, dass die FREIEN WÄHLER sogar noch weitergehen und diese horrende Zahl herunterbrechen, um zu versuchen, sie schönzurechnen.

Jetzt kommt die eigentliche Frage: Sie haben am Anfang gesagt, Sie könnten sich neue Ärztinnen und Ärzte nicht schnitzen. Ja, insofern gebe ich Ihnen recht. Sie könnten aber den Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern ihre Arbeit unter entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen ermöglichen, nämlich so, wie sie es in der Ausbildung gelernt haben. Warum verzichten Sie auf die Nachschulung durch die Leitenden Notärzte, die in sämtlichen Landkreisen tagtäglich unterwegs sind, damit Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter auch Kompetenz für die Medikamentengabe bekommen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

Andreas Krahl (GRÜNE): Damit könnte die Versorgungsqualität draußen effektiv verbessert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Zu Letzterem: Wir wollen die Sanitäter nicht im Regen stehen lassen. Wenn die Rechtssituation so ist, dass sie eine Schulung nachweisen müssen,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Krahl (GRÜNE))

dann können wir uns überlegen, ob wir das ändern wollen. Wir müssten prüfen, ob wir es überhaupt ändern können. Unter Umständen zeigt uns die Praxis draußen, dass so viel Fachwissen vorhanden ist, dass wir darauf verzichten können.

Zu Ihrer Forderung, die Rahmenbedingungen zu verbessern: Sie haben nicht zugehört. Wir sind dabei. Auch Sie sollten ein paar passende Vorschläge machen, sodass wir gemeinsam versuchen können, Verbesserungen herbeizuführen.

Jedem Notarzt, jedem Notarzhelfer und jedem Sanitäter sage ich Danke. Besonderer Dank gilt jenen, die unter schlechten Rahmenbedingungen tätig werden müssen und auch dann noch ihre Leistung erbringen, wenn Leute ausfallen. Warum Sie dafür nicht Danke sagen wollen, werde ich wohl nie verstehen. Wir sagen Danke, und wir handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Andreas Krahl (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, unter schwierigen Bedingungen leistet der Rettungsdienst gute und wichtige Arbeit. Dafür ist ihm zu danken. An dieser wertvollen Arbeit sind viele Menschen beteiligt; es sind ja nicht die Ärzte allein.

Zurück zu dem Antrag. Sie von der CSU fordern die Staatsregierung auf, die Strukturen jeweils an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Das ist richtig, aber auch selbstverständlich. Was denn sonst?

Sie wollen, dass die Staatsregierung in Kooperation mit der KVB dem Landtag berichtet. Das ist interessant; das wollen wir auch. Insoweit geht der Antrag der FDP weiter. Er ist auch gründlicher formuliert, weil er nicht darauf zielt, die gleichen Zahlen noch einmal abzufragen, sondern darauf, die Rahmenbedingungen einzubeziehen. Deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

Sie fordern die Staatsregierung allerdings auch auf, Ausfallstunden im Notarztdienst zu vermeiden. Dafür ist die Staatsregierung nicht unmittelbar zuständig. Angesichts dessen fragt man sich: Wie soll das gehen? Ich vermute nicht, dass Sie durch den dritten Spiegelstrich in einem Dringlichkeitsantrag einen Systemwechsel herbeiführen und in die Frage der Finanzierung einsteigen wollen. Wie aber soll die Unterstützung konkret aussehen? Denn gleich im nächsten Punkt fordern Sie, dass die bislang von den Kassen getragenen Kosten nicht auf die Länder umgewälzt werden. Das können Sie also mit Unterstützung nicht meinen.

Jetzt komme ich zu den Rahmenbedingungen, um die es hier eigentlich geht; wir debattieren schließlich nicht im luftleeren Raum. Auf der Bundesebene liegt ein Gesetzesentwurf zur Reform der Notfallversorgung vor. Ziel ist es, die bislang weitgehend einzeln stehenden Versorgungsbereiche besser zu organisieren und zu verzahnen. Eine gemeinsame Notfallleitstelle soll geschaffen werden. In diesem Zusammenhang werden die Telefonnummern 112 und 116 117 – Letztere ist die des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes – zusammengefasst. Geplant ist die Bildung integrierter Notfallzent-

ren, die von den Kassen und der KVB betrieben werden und 24 Stunden am Tag für alle erreichbar sind.

Dabei können Sie unterstützend tätig werden. Den Aufbau und die notwendigen Investitionen können Sie fördern. Ich sage es Ihnen aber gleich: Das wird nicht im Rahmen vorhandener Stellen und vor allem nicht im Rahmen vorhandener Mittel möglich sein.

Außerdem sieht der Gesetzentwurf auf Bundesebene einen neuen Leistungsbereich im SGB V vor. Konkret geht es um den Anspruch der gesetzlich Versicherten auf diese notfallmedizinische Versorgung. Das heißt übersetzt, dass künftig Rettungsfahrten auch dann finanziert werden, wenn sie nicht mit der Einlieferung ins Krankenhaus enden. Das ist notwendig und vernünftig.

Wenn wir all das zusammen betrachten, erkennen wir, dass die Patienten tatsächlich einen Vorteil haben werden, weil sie nicht mehr entscheiden müssen, ob der ärztliche Notfalldienst der Kassen oder die Notfallambulanz eines Krankenhauses die geeignete Anlaufstelle ist. Sie können eine Nummer anrufen. Das trägt wesentlich zur Verbesserung bei.

Die Verantwortung der Länder – damit auch die des Freistaates – liegt in der Übernahme von Investitions- und Vorhaltekosten, damit die neuen Notfallzentren tatsächlich aufgebaut werden können. Das ist ähnlich wie bei den Krankenhäusern. Der aufzuwendende Betrag wird höher sein als der bisher vorgesehene. Ich wiederhole: Mit den vorhandenen Stellen und Mitteln wird es hinten und vorn nicht funktionieren.

Wir haben schon gehört, dass die schwierige Situation bei den Notärzten unter anderem Folge des allgemeinen Ärztemangels ist. Diejenigen, die noch tätig sind, leiden unter Überlastung. Es zeichnet sich ab, dass die Lage noch schwieriger wird, weil viele Ärzte in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen. Zudem nehmen die Einsatzzeiten und die dort zu bewältigenden Anforderungen zu.

Zentrale Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren einer neuen gemeinsamen Notfallleitstelle ist die digitale Vernetzung. Auch diese Maßnahme können Sie massiv unterstützen. Sie können finanziell und organisatorisch einsteigen. Dann kommen wir gemeinsam auf einen grünen Zweig.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Bauer von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. Bitte schön, Herr Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Waldmann, Sie haben den Entwurf gelesen. Darin heißt es, dass die Notfallzentren nicht an jedem Krankenhaus errichtet werden, das heißt, viele Krankenhäuser werden ausgeschlossen. Sie sollten uns sagen, was Sie von diesem Vorschlag halten. Ich finde, die Gleichbehandlung von Land und Stadt ist nicht mehr gegeben. Wer auf dem Land wohnt, wird von der Notfallversorgung weitgehend abgehängt.

Ruth Waldmann (SPD): Nein, Sie reden von zwei verschiedenen Dingen. Es wird dabei bleiben, dass ein Krankenhaus einen Menschen, der als Notfall ankommt, versorgen muss und nicht einfach wegschicken darf. Das wird bei kleinen und bei großen Krankenhäusern sowohl auf dem Land als auch in der Stadt auch in Zukunft so sein. Das ist aber etwas anderes als das Notfallzentrum, das den Rettungsdienst im gesamten Land organisieren soll. Über die Zahlen und die Standorte der Integrierten Notfallzentren soll künftig ein Landesausschuss aus Vertretern der Kassenärzte, der Kassen und der Krankenhäuser auf der Grundlage von Planungsvorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses entscheiden. Insofern muss eine Struktur, bei der die Länder übrigens durchaus mitreden können, geschaffen werden. Das heißt nicht, dass die Notfallzentren an allen kleinen oder mittleren Krankenhäusern angedockt werden können; aber sie müssen kooperieren. Es ist ja das Gute an dem Entwurf, dass er auf eine

bessere Verbindung von ambulantem und stationärem System zielt. In diesem Sinne ist der Entwurf ein wichtiger Schritt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gewährleistung der Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger in Notsituationen ist sicherlich eine der elementaren Aufgaben dieses Staates, damit meine ich Bund, Länder und Gemeinden. Ich betone aber ausdrücklich, dass es sinnvoll und richtig ist, hier anzusprechen, dass der Rettungsdienst in Bayern eine hervorragende Arbeit leistet. Herr Kollege Krahl, die hauptamtlichen Mitarbeiter und die Ehrenamtlichen helfen Tag und Nacht Menschen in schwierigsten Situationen auf medizinisch höchstem Niveau. Deshalb sage auch ich hier ein sehr herzliches Dankeschön für deren Engagement.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu dieser sehr guten Versorgung gehört, dass bei entsprechender Indikation in Unglücksfällen zusätzlich zum Rettungsdienstpersonal ein Notarzt zur Stelle ist. Deshalb ist es positiv zu sehen, dass unsere 229 bayerischen Notarztstandorte im vergangenen Jahr 2019 eine Besetzungsquote mit Notärzten von immerhin 96,8 % aufwiesen. Das bedeutet, die flächendeckende Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit notärztlichen Leistungen ist sichergestellt. Wir sind uns aber auch bewusst, dass es gerade in ländlichen Regionen immer wieder zu Problemen bei der Besetzung einzelner Notarztstandorte kommt. Die Verantwortung dafür liegt nach dem Gesetz ganz eindeutig bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Niemand behauptet, dass wir in der Summe zu wenig Ärzte in unserem Land hätten. Es kommt darauf an, mit der großen Zahl der vorhandenen Kassenärzte sicherzustellen, dass an den definierten Standorten zu jeder Tages- und Nachtzeit ein Notarzt bereitsteht. Die Verantwortung dafür liegt bei

der Kassenärztlichen Vereinigung. Diese Aufgabe hat sie nicht freiwillig übernommen, sondern sie ist ihr gesetzlich zugewiesen.

Hier gibt es ganz unübersehbar Probleme. Mit diesen Problemen müssen wir uns beschäftigen. Wir dürfen aber nicht mit einem Antrag das ganze System auf den Kopf stellen, sondern müssen zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung prüfen, wie die Versorgung sichergestellt werden kann. Dieses Problem hängt mit den Strukturen vor Ort zusammen. Wir haben kein Problem, in den Ballungsräumen die Versorgung mit Notärzten sicherzustellen. Dieses Problem besteht in den strukturschwächeren Regionen, wo es nicht mehr genügend Ärzte gibt. Außerdem sind viele Ärzte nicht mehr bereit, diesen Dienst zu tun. Gerade in den strukturschwächeren Regionen kann es vorkommen, dass ein Notarzt den ganzen Sonntag über in Bereitschaft sitzt, aber keinen einzigen Einsatz hat. Bisher lautete in solchen Fällen die Frage, welche Vergütung er dafür bekommt.

Für diesen Notarzt und seine Familie war der Sonntag kaputt, er hatte aber keinen Einsatz, für den er eine Vergütung bekommen hätte. Für solche Fälle sind bei den Kassen einige Verbesserungen erreicht worden. Allein der Bereitschaftsdienst wird jetzt vergütet. Andernfalls würde die Familie eines solchen Arztes oder einer solchen Ärztin zu Recht sagen: Der ganze Sonntag ist versaut, weil du den ganzen Tag nicht weg konntest. Du hast dabei nicht einmal einen Einsatz gehabt, und du kriegst auch nichts dafür. Das kann ich auch nachvollziehen. Es geht also nicht darum, die ganze Struktur auf den Kopf zu stellen. Wir müssen uns mit diesen ganz lebenspraktischen Fragen beschäftigen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass in Fällen wie jetzt in den Weihnachtsferien, als ein einzelner Notarzt dienst stundenweise nicht besetzt war, trotzdem garantiert ist, dass der benachbarte Notarzt kommt. Für besonders dringende Fälle gibt es in unserem Land auch noch ein Netz von Rettungshubschraubern, das in Bayern sogar noch besser als in den anderen Bundesländern ist. Das deutsche Netz von Rettungshubschraubern sucht weltweit seinesgleichen. Meine Damen und Herren, wir müssen den

Menschen immer wieder sagen, dass in Deutschland die gesetzliche Krankenversicherung für jeden Normalbürger auch den Rettungshubschrauber bezahlt. Eine solche Regelung finden Sie nur in ganz wenigen Ländern der Welt. Deshalb besteht kein Anlass, unser Rettungssystem schlechtzureden oder eine Katastrophenstimmung zu verbreiten. Wo es Defizite gibt, müssen wir uns damit beschäftigen. Wir wollen nicht, dass es im Land zu strukturellen Unterschieden kommt.

Frau Kollegin, ich wundere mich darüber, dass Sie den Gesetzentwurf des Bundes derartig in den Himmel preisen. Die Probleme sind richtig benannt worden. Darum müssen wir uns kümmern. Fehlsteuerungen dadurch, dass ein Patient seinen Hausarzt nicht erreicht und deshalb die 112 wählt, müssen vermieden werden. Ihnen sollte aber zu denken geben, dass der Bayerische Landkreistag dieser Tage offiziell erklärt hat, dass er die von Ihnen angesprochenen Strukturen nicht für richtig hält. Damit werden wir uns hier sehr intensiv beschäftigen müssen. Die großen Organisationen wie das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Malteser oder die Johanniter betrachten wesentliche Teile des Gesetzentwurfs von Herrn Bundesminister Spahn äußerst kritisch. Wir werden uns daher ebenfalls mit unserer Kritik in Berlin zu Wort melden.

Meine Damen und Herren, wir wollen Verbesserungen, dürfen aber am Schluss nicht das Gegenteil davon erreichen. Wir müssen erkennen: Im Prinzip haben wir in unserem Land eine gut funktionierende Rettungsversorgung. Wir wissen, dass wir die Befugnisse der Notfallsanitäter auf Bundesebene klar regeln müssen. Das ist Bundesrecht. Die Länder Rheinland-Pfalz und Bayern haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der bemerkenswerterweise mit der riesigen Mehrheit von 15 Bundesländern unterstützt worden ist. Dieser Gesetzentwurf liegt jetzt im Bundestag. Jetzt liegt es an den Fraktionen des Bundestags, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen.

Wir werden Ihnen alsbald einen Gesetzentwurf zur Reform des Rettungsdienstgesetzes in Bayern vorlegen, mit dem wir den Telenotarzt, der sich im Rahmen eines Mo-

dellversuchs in Straubing bewährt hat, als Dauereinrichtung in ganz Bayern einführen wollen. Dadurch werden Notärzte nicht ersetzt, aber das Rettungs- und Notarztsystem wird dadurch verbessert.

Meine Damen und Herren, ich empfehle Ihnen, den Anträgen der CSU und der FDP zuzustimmen. Wir werden über diese Themen gerne im Landtag berichten. Ich möchte aber ausdrücklich sagen: Weder mit den Konzepten von hier drüben noch mit den Konzepten von da drüben oder dem, was die Kollegin der SPD vorgebracht hat, werden wir wesentlich vorankommen. Wir müssen ein tragfähiges Konzept für die Zukunft vorlegen. Grundsätzlich ist die Situation in unserem Land sehr gut. Ich sage noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Damen und Herren, die den Notarzdienst jede Woche, jeden Tag und jede Nacht, leisten. Unsere Notärzte leisten einen hervorragenden Dienst. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Zu einer Intervention hat sich der fraktionslose Abgeordnete Swoboda gemeldet. Herr Swoboda, bitte.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Herrmann, ich wollte Sie schon lange etwas fragen: Wir haben Amtsärzte und amtliche Veterinärärzte. Wir haben aber keine amtlichen Notärzte, obwohl, wie Sie das selbst gesagt haben, die Notarztversorgung eine der wichtigsten Staatsaufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge ist. Sie haben angesprochen, dass die Kassenärztliche Vereinigung den freiwilligen Notarzdienst aufgrund der Rahmenbedingungen nicht immer gewährleisten kann. Offensichtlich haben wir immer noch keinen richtigen Rechtsrahmen.

Wäre der Notarzt ein Amtsarzt oder der Amtsarzt ein Notarzt, wäre dieser Rechtsrahmen gegeben. Er wäre dann hoheitlich für den Staat tätig und würde Menschenleben retten. Wurde noch nie daran gedacht, das System des Rettungsdienstes und das System der Notärzte anzupassen? Dann hätten wir sowohl im Alltag als auch bei be-

sonderen Lagen einen klaren Rechtsrahmen und die notwendige Versorgung. Wir bräuchten 1.800 Notarztstellen, entsprechend vergütet, um die etwa 300 Einsatzstellen für Notärzte abzudecken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich kann Ihnen bestätigen, dass es weder in der Bayerischen Staatsregierung noch in den Regierungsfractionen die Absicht gibt, das gesamte Rettungs- und Notarztwesen in Bayern zu verstaatlichen. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies nicht zielführend wäre. Nein, das haben wir nicht vor. Wir sagen ausdrücklich: Die Rettungsorganisationen, also das Rote Kreuz, die Malteser, die Johanniter, der Arbeiter-Samariter-Bund und die DLRG, leisten eine sehr gute Arbeit.

Ich sehe keinen Sinn darin, über eine Verstaatlichung zu reden. Das gilt auch für unsere Notärzte. Deshalb sage ich in der Tat: Nein, wir haben nicht die Absicht, weiter in diese Richtung zu denken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/5849 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU und die FREIEN WÄHLER sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD. Ich bitte darum, die Stimmenthaltungen anzugeben. – Das sind die SPD und die FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/5872 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

die SPD, die FREIEN WÄHLER und die CSU sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Ich bitte darum, die Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das ist die FDP-Fraktion. Danke schön, damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Der fraktionslose Kollege Swoboda hat nicht abgestimmt.

(Alexander König (CSU): Er überlegt noch! – Zuruf: Enthaltung!)

– Enthaltung, gut!

Beim Dringlichkeitsantrag der FDP auf der Drucksache 18/5873 soll im vorletzten Spiegelstrich das Wort "Rettungssanitätern" durch das Wort "Notfallsanitätern" ersetzt werden. Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion mit dieser Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind AfD, FDP, die beiden fraktionslosen Abgeordneten, CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich sehe keine Gegenstimmen und Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen des letzten Tagesordnungspunkts. Wir führen zuerst die Abstimmungen in einfacher Form und anschließend die namentliche Abstimmung durch.

Zunächst geht es um die Anträge zur Bon-Pflicht. Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/5848 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind SPD, CSU und FREIE WÄHLER. Ich bitte darum, die Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer nun dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/5869 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten.

Stimmenthaltungen? – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer nun dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/5870 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die AfD, die beiden fraktionslosen Abgeordneten, die CSU, die FREIEN WÄHLER und die SPD. – Ich sehe keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von FREIEN WÄHLERN und CSU auf der Drucksache 18/5871. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:34 bis 17:39 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Abstimmung ist beendet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie wieder Ihre Plätze ein. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaals statt. Sobald hier wieder etwas mehr Ruhe eingekehrt ist, fahren wir in der Tagesordnung fort.